

Presseinformation 41/2023

1,5 Grad Ziel in Gefahr

Das Bundeskabinett hat ein neues Klimaschutzprogramm auf den Weg gebracht. Der Expertenrat der Bundesregierung bezweifelt den Umfang der prognostizierten CO₂-Reduktionen. Für die einzelnen Bundesländer sind keine Reduktionsziele benannt. Hinzuweisen ist aber, dass zur Erreichung des Pariser 1,5 Grad Ziel eine bestimmte Gesamtmenge an Treibhausgasen nicht überschritten werden darf. Nach Abschätzungen des Verbandes für Wirtschaft und Umwelt erreicht Rheinland-Pfalz demnach das 1,5 Grad Ziel nicht mehr.

Der Wirtschaftsverband in Rheinland-Pfalz stützt sich dabei auf Berechnungen des Klimaaktivisten Kurt Werner aus Hassloch, der seine Abschätzungen kürzlich der Landesregierung in Mainz zu Verfügung gestellt hat. Kurt Werner habe das Treibhausgasbudget für Deutschland auf das Land heruntergebrochen und ziehe das Fazit, dass Rheinland-Pfalz nicht kurz davor steht, den erforderlichen Ausbau von Wind und Sonne zu erreichen, sondern kurz davor ist, das 1,5 Grad Ziel zu überschreiten. Wahrscheinlich werde das 1,5 Grad Ziel in RLP in der nächsten Legislaturperiode überschritten werden.

Für das Erreichen der Klimaziele ist nicht nur der Zeitraum, bis wann Netto-Null erreicht werde, wichtig, sondern vor allem ob das noch zur Verfügung stehende CO₂-Budget überschritten werde. „Um die Klimaziele im Land zu erreichen, müssten wir wissen, wie viel CO₂-Äquivalente noch emittiert werden dürfen. Dazu sollte Rheinland-Pfalz für sich ein CO₂-Budget ermitteln“, so Kurt Werner.

Der Verband für Wirtschaft und Umwelt sowie der Landessolarverband begrüßten, dass sich der Zubau an Wind- und Solaranlagen im Land in letzter Zeit verstärkt habe. Allerdings habe gerade das Reißen der selbstgesteckten Ziele in den vergangenen zwei Jahren das CO₂ Budget soweit verringert, dass die eigentliche Zielsetzung zur Erreichung des 1,5 Grad kaum noch realistisch erreichbar scheint. Es müssten wesentlich ambitioniertere Maßnahmen in Gang gesetzt werden. Es darf nicht mehr nach Gründen gesucht werden, warum Windräder oder Photovoltaikanlagen nicht gebaut werden können. Es muss nach Lösungen gesucht werden, wie diese Anlagen realisiert werden, so die Verbände in einer gemeinsamen Stellungnahme.

Als Beispiel nennen die Verbände die Diskussion um Windkraftanlagen im Pfälzerwald. Das Biosphärenreservat werde durch den vierspurigen Ausbau der B10, durch den Bau einer Gaspipeline durch die Kernzone im Quellgebiet der Wieslauter, durch starke Vermüllung und Verkehrslärm belastet. Aber der Bau von klimafreundlichen Windrädern werde durch eine Landesverordnung untersagt. Nicht Wind und Solaranlagen bedrohten die Natur, sondern in erster Linie der fortschreitende Klimawandel, so die Verbände abschließend.